

Forschung zu sozialen Bewegungen. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, Jg. 24, Heft 3: 20-47.

Rucht, Dieter 2017: Rechtspopulismus als soziale Bewegung. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, Jg. 30, Heft 2: 34-50.

Rucht, Dieter/Neidhart, Friedhelm 2002: Towards a 'Movement Society'? On the possibilities of institutionalizing social movements. In: Social Movement Studies, Jg. 1, Heft 1: 7-30.

Schiffauer, Werner/Eilert, Anne/Rudloff, Marlene (Hg.) 2017: So schaffen wir das - eine

Zivilgesellschaft im Aufbruch. 90 wegweisende Projekte mit Geflüchteten. Bielefeld: Transcript.

Skocpol, Theda 2003: Diminished Democracy. From Membership to Management in American Civic Life. Norman: University of Oklahoma Press.

Wuthnow, Robert 1998: Loose Connections: Joining Together in America's Fragmented Communities. Cambridge, Mass.: Harvard University Press.

Zürn, Michael 1998: Regieren jenseits des Nationalstaats. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Bewegungsparteien auf der Suche nach mehr Demokratie: *La France insoumise*, *En marche*, die Fünf-Sterne-Bewegung

Karin Priester

Die repräsentative Demokratie und die „Parteiherrschaft“ stehen zunehmend in der Kritik. Direkte, assoziative, partizipative oder aleatorische Demokratie, *liquid* oder *insurgent democracy* lauten die Forderungen, mit denen neue politische Organisationen die politische Bühne betreten. Sie verstehen sich als Bürgerbewegungen „jenseits von rechts und links“ und fordern die politische „Kaste“ programmatisch und organisatorisch heraus. Parteien, die aus gesellschaftlichen Bewegungen hervorgehen, stehen dabei vor dem Problem des Übergangs von einer Bewegung zu einer politischen Partei „neuen Typs“. Wie lässt sich die Bewegung auf Dauer stellen, wenn sie sich als Partei institutionalisiert? Wie soll sich das Verhältnis von Basis und Führung gestalten?

Der Blick auf drei erfolgreiche politische Bewegungen, auf die rechtspopulistische italienische Fünf-Sterne-Bewegung (M5S), auf das linkspopulistische französische Wahlbündnis *La France insoumise* (LFI, Unbeugsames

Frankreich) und auf die liberale Bewegung *En marche* ist eher ernüchternd. Entgegen den Versprechungen von Hierarchieabbau und Partizipation handelt es sich um Parteien oder Parteienbündnisse mit äußerst zentralisierter *leadership*. Anders als klassische Parteien wollen sie die „Logik der Apparate“ radikal überwinden, fördern aber mehr Zentralisation und Personalisierung.

1 | *La France insoumise*

Der Initiator des Wahlbündnisses LFI, der Ökosozialist Jean-Luc Mélenchon, gehörte ursprünglich einer trotzkistischen Bewegung an, den sogenannten Lambertisten. Trotzkisten unterscheiden sich von orthodoxen Kommunisten durch ihre Bürokratiekritik und die These von der „permanenten Revolution“ im Gegensatz zum „Aufbau des Sozialismus in einem Land“ unter Stalin. Gemäß ihrer Strategie des Entrismus, des Eintritts in bereits

bestehende Parteien, trat Mélenchon 1977 der sozialistischen Partei (PS) bei. Auch andere ehemalige Lambertisten wie Lionel Jospin und Jean-Christophe Cambadélis nahmen oder nahmen dort Führungspositionen ein. Mélenchon war im Kabinett Jospin von 2000 bis 2002 Minister für Berufsbildung, bevor er 2008 aus dem PS austrat und die Linkspartei (*Parti de gauche*) gründete, gefolgt von der Linksfrente (*Front de gauche*), eine aus acht Organisationen bestehende Sammlungsbewegung. 2014 initiierte er die Unterzeichnerplattform für die sechste Republik (*Mouvement pour la 6ème République*). Sie propagiert Mélenchons These, die bestehende fünfte Republik sei eine „präsidiale Monarchie“ und müsse durch eine „Bürgerrevolution“ abgelöst werden.

Im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen von 2017 schmiedete er im Februar 2016 das Wahlbündnis *La France Insoumise* (LFI), das sich nicht als Partei, sondern als horizontale Bewegung versteht. Gegenwärtig beruht sie auf einer Plattform von mehr als 500.000 Mitgliedern, die lokale Aktionsgruppen bilden und an der Erarbeitung des Programms beteiligt sind. Neben virtueller Mobilisierung durch Internetforen, Newsletter, Spendenaufrufe und eine „Ideenbox“ organisiert LFI Kampagnen und Sommeruniversitäten zur Förderung der Debattenkultur.

Auf dem ersten Konvent von LFI Mitte Oktober 2016 in Lille zeichneten sich die Umrisse der neuen, partizipativen Demokratie ab. Der Konvent versteht sich als konstituierende Versammlung mit 135.000 Unterzeichnern, die sich online angemeldet hatten. Aus der Gruppe der Unterzeichner wurden 900 Konventsmitglieder bestimmt, davon zwei Drittel durch Losverfahren und ein Drittel durch Wahl. Dieses letzte Drittel besteht zum einen aus Vertretern der im Wahlbündnis vereinten Organisationen, die den „politischen Raum“ (*espace politique*) bilden, zum anderen aus Akteuren der sozialen und ökologischen Kämpfe, die den „Raum der Kämpfe“ (*espace des luttes*) repräsentieren. Die Zufallsnominierung einer individualisierten Menge wird mithin von einer kleineren, aber politisch erfahrenen Gruppe von Akti-

visten flankiert. Darüber hinaus übernehmen ausgewählte Experten die Rolle von Aufklärern und stehen den Ausgelosten mit Informationen zur Seite. Die alte linke Idee einer aufgeklärten Avantgarde, die die Volksmassen erzieht, lebt hier unter dem Mantel von Expertenberatung wieder auf.

Kritiker wenden ein, die dominierenden Kräfte innerhalb des Wahlbündnisses seien Kader der Linkspartei. Von Anfang an werde LFI von professionellen Politikern ohne jedes Mandat gesteuert. Zudem führe das Losverfahren zu zwei Klassen von Akteuren, den gewählten Repräsentanten und den „Lotto“-Repräsentanten. Im November 2017 veröffentlichte LFI die „Charta der Aktionsgruppen“. Diese Charta beruht auf Vorschlägen der „Ideenbox“, die eine nicht näher bestimmte „Synthesegruppe“ ausgewertet und zusammengefasst hatte. Danach sind die Aktions- oder Unterstützerguppen die einzige permanente Struktur von LFI. Die Gruppen werden in einem engen territorialen Rahmen (Stadtviertel, Dorf, Kanton) gegründet, nicht dagegen auf der Ebene von Regionen, Départements oder Wahlkreisen. Ohne Beschluss „der Bewegung“ sind sie nicht befugt, intermediäre Strukturen auf regionaler oder Départementebene aufzubauen.¹

2 | Exkurs zum Losverfahren

Befürworter des Losverfahrens sind davon überzeugt, dass es die Beteiligung an Politik dynamisieren und die Demokratie stärken könne (Bender/Graßl 2014; Buchstein 2009 und in diesem Heft; Van Reybroeck 2016). Beim Losverfahren werden aber diametrale Interessengegensätze verwischt und individualisiert. Zudem gibt es keine Verantwortlichkeit, denn wem gegenüber sind die Ausgelosten verantwortlich? Ein reines Losverfahren schließt überdies Gegenpositionen oder eine organisierte Opposition aus.

Als Vorbild gilt die attische Demokratie. Das Los als Symbol für bürgerschaftliche Gleichheit soll Vermögensunterschiede neutralisieren, Protektion, Nepotismus und die Kooptation angepasster Aufsteiger durch die Führung

verhindern, Amtsmissbrauch einschränken, Ämterrotation fördern und die Bildung von Interessengruppen unterbinden. Gewaltenteilung, ein Parlament oder Parteien waren in Athen unbekannt. Von den rund 200.000 Einwohnern Attikas hatten nur rund 30.000 Männer den Status von Vollbürgern. Frauen, Sklaven und Metöken (Fremdstämmige) waren ausgeschlossen. Von diesen Vollbürgern nahmen schätzungsweise nur 6.000 an der Volksversammlung teil und losten nach den Berechnungen des Althistorikers Jochen Bleicken aus ihrer Mitte rund 1.100 jährlich rotierende Amtsträger aus (Bleicken 1995). Daneben gab es aber rund 100 Wahlämter. Den Athenern war durchaus bewusst, dass ein Gemeinwesen nicht allein von Ausgelosten regiert werden kann und bei der Besetzung lebenswichtiger Ämter auf Fachleute zurückgreifen muss. Dazu zählten die Finanzverwaltung, der Städtebau, die Wasserversorgung, diplomatische Gesandte sowie hohe militärische Funktionen. Für diese gewählten Amtsinhaber galt die jährliche Rotation nicht. So wurde der Staatsmann Perikles fünfzehn Jahre hintereinander zum militärischen Strategen gewählt.

Das Verhältnis von gelosten und gewählten Amtsinhabern betrug zwar 11:1, aber ihre politische Gewichtung war eher umgekehrt. Nur Ämter von geringerer Bedeutung wurden ausgelost, wirtschaftlich oder militärisch wichtige Ämter dagegen von gewählten Experten besetzt. Überdies war die Kandidatur für die Volksversammlung und für Ämter freiwillig, was die Gefahr von Verzerrungen der sozialen und lokalen Repräsentation in sich birgt. Letztlich begrenzt das Losverfahren den politischen Willen und führt nur in kleinen, überschaubaren Gemeinwesen mit relativ homogenen Vollbürgern zur Gleichheit der Chance, ein Jahr lang ein Amt bekleiden zu können. Trotz dieser Einschränkungen steht das Losverfahren in dem Ruf, demokratischer als allgemeine und geheime Wahlen zu sein und ist in die Statuten von LFI und LREM eingegangen. Es könnte sich aber als pseudodemokratisches Feigenblatt erweisen, mit dem Partizipation und Chancengleichheit nur inszeniert werden.

3 | La République en Marche

Der Sieg Emmanuel Macrons bei der Präsidentschafts- und der anschließenden Parlamentswahl 2017 fand in einer kritischen Situation statt. Das bürgerliche und das sozialistische Lager hatten sich durch Elitenversagen (Fehlverhalten, interne Querelen, Vertrauens- und Glaubwürdigkeitsverlust) quasi selbst zerlegt, und Marine Le Pen, die Vorsitzende des Front National, stand vor den Toren der Macht. Der politische Außenseiter Macron, ein ehemaliger Bankier, trat als Retter in der Stunde der Not auf. Er war indessen kein völliger Außenseiter wie der Italiener Beppe Grillo, sondern hatte nur rechtzeitig das sinkende Schiff des PS verlassen. Unter Präsident Hollande war er zwei Jahre lang Wirtschaftsminister, bevor er zurücktrat und seine eigene Bewegung *En marche* ins Leben rief. Im April 2016 konstituierte sie sich unter dem Namen *La République en Marche* (LREM, Die Republik in Bewegung) als Partei und bezeichnet sich in den Statuten vom Juli 2017 als „eine radikal andere Bewegung als die existierenden politischen Parteien“.² In einem Interview mit dem Business-Magazin *Challenges* erklärte Macron: „Ich versuche nicht, das politische System mit seinen Codes und Gepflogenheiten zu respektieren, weil ich nicht dazu gehöre. Ich habe daher kein Problem, diese Codes zu überschreiten.“³ Diese Stilisierung zum Außenseiter verdeckt aber nur, dass Macron sich mit Absolventen der Elitehochschulen umgibt, aus denen der französische „Staatsadel“ (Bourdieu) hervorgeht.

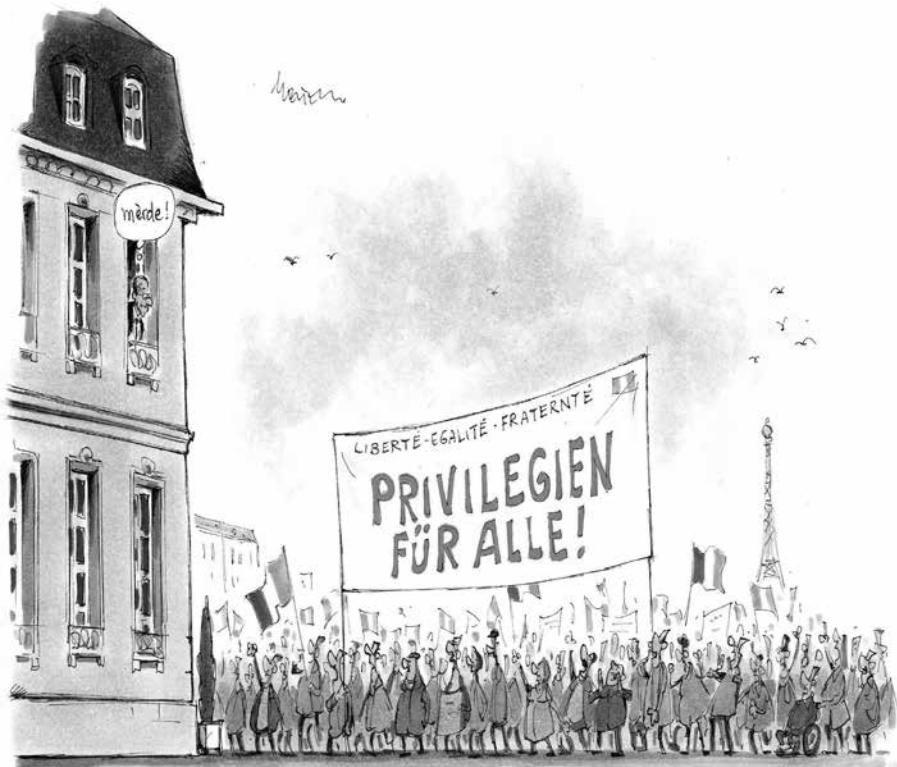
Von den elf Parteiorganen sollen hier nur drei angesprochen werden: Die Ortskomitees, die Bezugspersonen (*référénts*) und der nationale Rat (*conseil*). Die rund 3.800 Ortskomitees sind autonom und formal unabhängig. Der Kontakt zwischen ihnen und der Parteizentrale obliegt in jedem Département einer Bezugsperson. Diese 110 Personen sind das Scharnier zwischen Führung und Basis und zuständig für Repräsentation, Animation, Formation und Mobilisierung. Die Ortskomitees haben zwar ein Vorschlagsrecht; die

Designation der Bezugspersonen erfolgt aber zentral von oben, um, so die Begründung, Geschlechterparität und Diversität zu garantieren. Wie LFI, kennt auch LREM keine intermediären Strukturen wie Bezirks-, Regional- oder Landesverbände, um sich vom pyramidalen Aufbau herkömmlicher Parteien zu distanzieren. Populisten jeder Couleur haben sich stets gegen „intermediäre Organe“ gewandt und eine direkte, unmittelbare Beziehung zwischen Volk und Führung gefordert. Macron ist zwar kein Populist, sondern Etatist, aber auch er bekämpft die Vermittlung des politischen Willens. Die Förderung von Geschlechterparität und Diversität ist der liberale Hebel, mit dem er demokratische Mitbestimmung von unten aus den Angeln hebt.

LREM entfaltet zahlreiche Aktivitäten zur Mobilisierung von Bürgerbeteiligung. Ähnlich wie Mélenchon mit der Ideenbox hat auch

LREM 1.500 Ideenateliers mit rund 500 parteinahen Experten eingerichtet. Inspiriert von Präsident Obamas *community organisers*, beschäftigt LREM überdies lokale Vermittler (*facilitateurs*), die Ideen zur Belebung strukturschwacher Viertel oder Gegenden entwickeln sollen. Animateure, Koordinatoren, Inspiratoren und Impulsgeber vermitteln den Eindruck von Dynamik, Aufbruch, Neuanfang, Aktivismus, Ideenvielfalt. Der Preis ist häufig Dilettantismus und Inkompetenz, auch bei den Parlamentariern, die durch Einpeitscher nach Art der britischen *whips* auf Linie gebracht werden sollen.

Schon nach einem Jahr wächst der Unmut an der Basis und Protest wird laut, ausgehend von zwei Vereinigungen, den „Wutmarschierern“ (*marcheurs en colère*) und der „Demokratie in Bewegung“ (*La démocratie en marche*), die mangelnde innerparteiliche



Demokratie anprangern. Viele, die sich aktiv in der Politik engagieren möchten, würden wie passive Unterstützer behandelt. Gegen die „allmächtigen“ Bezugspersonen mit der Funktion von Kommissaren fordern sie in ihren Départements mehr Mitbestimmung bei deren Nominierung. Macrons Hauptquartier hält dagegen, die zentrale Nominierung der Bezugspersonen habe ihren guten Sinn, gelte es doch, die Bildung von regionalen Machtzentren, den „Baronien“ der etablierten Parteien, zu verhindern. Wie im Absolutismus soll die Eigenmacht und der potentielle Widerstand von Provinzfürsten gegen den Pariser „Monarchen“ unterbunden werden.

Der Rat (*conseil*) fungiert als Parlament der Partei und besteht zu 25 Prozent aus ausgelosten Mitgliedern. Diese innovative Maßnahme soll neue Gesichter aus der viel gelobten Zivilgesellschaft in die Politik bringen, aber die wenigsten sind tatsächlich politische Neulinge, sondern waren Mitarbeiter von Parlaments- und EU-Abgeordneten, von Senatoren oder politischen Organisationen. Unter Macron werden achtzig Prozent der Gesetzesvorschläge von der Regierung initiiert. Dem Parlament kommt nur noch eine evaluative Funktion zu.

Kritiker bemängeln, die Partei sei zu zentralisiert, zu sehr auf Paris fixiert. Nach seiner Wahl zum Präsidenten designierte Macron daher Christophe Castaner als Parteivorsitzenden. Als erfahrener Provinzpolitiker ist Castaner nicht aus dem Pariser Hauptquartier hervorgegangen und steht als ehemaliger Sozialist für eine linke Mitte. Am 18. November 2017 wurde er von den 750 Mitgliedern des Nationalrats bestätigt, nicht in geheimer Abstimmung, sondern durch Handaufzeigen. Offiziell konnten auch andere für das Amt antreten, aber Castaner blieb ohne Konkurrenten. Die Zeitung *Le Monde* konstatierte am 4. November 2017, in Macrons Partei scheine es niemand unnormal zu finden, dass nur ein einziger, „von oben“ designierter Bewerber antrete.

Der Widerstand gegen Macron wächst zwar auch auf wirtschafts- und sozialpolitischer Ebene. Innerparteilich wiegt aber die Ankündigung einer strukturellen „Revolution“

(Macron 2017), eines radikalen Neuanfangs mit echter Bürgerbeteiligung schwerer, weil sich hier der Eindruck eines gebrochenen Versprechens einstellt. Eine Lokalpolitikerin aus Mulhouse äußert sich zum Besuch der Bezugsperson bei den örtlichen Aktivisten: „Sie sprach zu uns, als ob wir Angestellte wären und sie unsere Chefin. In fünfundzwanzig Jahren politischer Tätigkeit habe ich noch nie eine solche Arroganz, einen solchen Mangel an Respekt erlebt.“⁴ Ein Einzelfall, vielleicht. Macron selbst tritt anti-autoritär auf, lässt sich von seinen Anhängern duzen und vertraulich mit „Manu“, der Kurzform seines Vornamens, anreden. Amerikanisierung des Stils ist aber nicht mit Hierarchieabbau gleichzusetzen, hat Macron doch die am stärksten zentralisierte Partei Frankreichs geschaffen.

4 | Die Fünf-Sterne-Bewegung (M5S)

Die zweitstärkste Partei Italiens, die Fünf-Sterne-Bewegung, zeigt trotz ihrer Selbstdarstellung, dass autoritäre Strukturen mit horizontaler Internetmobilisierung Hand und Hand gehen können. Unangefochtener Initiator, Gründer und Präsident des M5S ist der 1948 geborene Berufskomiker Beppe Grillo.

Die Erfolgsgeschichte von M5S begann 2005 mit der Vernetzung von vierzig Meetups unter dem Namen „Die Freunde Beppe Grillos“. Ab 2007 kam es zur nationalen Koordination von Vereinigungen, Bewegungen, Organisationen und Bürgerlisten mit dem Ziel der Überwindung der repräsentativen Demokratie durch direkte Partizipation mittels Referenden und *E-Democracy*. Dabei verfährt das M5S zweigleisig und mobilisiert im virtuellen, aber auch im realen Raum, beispielsweise durch Grillos Kampagnen „Sauberes Parlament“ oder die V-Days, lokale Protesttage gegen korrupte Politiker.⁵

2008 nahm die Bewegung erstmalig an Kommunalwahlen teil. Damals hatte Grillo noch keine eigene Organisation im Blick, sondern kandidierte bei den Vorwahlen für das Amt des Sekretärs der Demokratischen Partei (PD), einem labilen Zusammenschluss

von Sozialdemokraten, Linkskatholiken und ehemaligen Kommunisten. Erst nachdem seine Mitgliedschaft in der PD abgelehnt worden war, gründete er 2009 unter dem Einfluss des Public Relations- und Medienunternehmers Gianroberto Casaleggio die Fünf-Sterne-Bewegung mit einem Statut, das als Nicht-Statut (*non statuto*) bekannt wurde. Darin definiert sich die Bewegung als Nicht-Vereinigung (*non associazione*), als bloßes Forum des Gedankenaustausches mit einem Epizentrum: Grillos Blog www.beppegrillo.it. Von allen europäischen Politikern hat Grillo mit mehr als einer Million Facebook Freunden und etwa gleich vielen Twitter Followern die größte Social-Media-Gefolgschaft.

Mit Blick auf die Parlamentswahlen 2013 wurde im Dezember 2012 ein äußerst knapp gehaltenes Statut mit drei Vereinsorganen vorgelegt: der Online-Versammlung (*assemblea*), dem Direktionsrat (*consiglio direttivo*) und dem Präsidenten. Der Direktionsrat besteht aus einer variablen Zahl von drei bis sieben Mitgliedern und wählt aus seiner Mitte den Präsidenten, den Vizepräsidenten und den Sekretär. Da dieses Organ aber nur drei Mitglieder hatte, setzten sich Grillo und zwei Vertraute selbst in ihre Ämter ein: Grillo amtiert als Präsident, sein Neffe, der Rechtsanwalt Enrico Grillo, als Vizepräsident, ein weiterer Vertrauensmann, Grillos Steuerberater Enrico Maria Nadasi, als Sekretär. 2013 wurde auch Grillos Mentor Casaleggio in den Direktionsrat aufgenommen. Dem Präsidenten, also Grillo, kommt die Aufgabe zu, die Delegierten eines Wahlkreises zu designieren.

Auch nach dem Wechsel vom Nicht-Statut zum Statut bezeichnet sich das M5S nicht als Partei, sondern weiterhin als freie Bürgervereinigung und „politische Kraft“ im Kampf um Ehrlichkeit (*onestà*) und Transparenz. Neu ist hingegen, dass sich die Vereinigung nicht mehr als bloßes Forum der virtuell kommunizierenden Bewegung versteht, sondern die grundlegenden Werte des Staates verteidigt: Freiheit, Gleichheit, Würde, Solidarität, Brüderlichkeit und Respekt. Zur gleichen Zeit kam es zu mehreren, von den Betroffenen als

autokratisch bezeichneten Parteiausschlüssen ohne Anhörung. Ab 2012 wurde zunehmend Kritik an fehlender innerparteilicher Demokratie geübt. Eine effektive Partizipation über das Internet finde nicht statt.

Innerparteiliche Demokratie ist im M5S aber gar nicht vorgesehen. Grillo und sein innerer Zirkel (die *staff*) treten gegen ein im Parlament diskutiertes Gesetz an, das Parteien dazu verpflichten soll, sich auch intern an demokratische Regeln zu halten. Das M5S hält dagegen, es sei keine Partei, sondern eine Bewegung, die nicht dazu verpflichtet werden könne, sich in eine Partei zu transformieren und nach den Regeln anderer Parteien zu arbeiten. M5S-Mitglieder sind eher Franchisenehmer einer Handelsmarke, deren Eigentümer auf die Wahrung der *corporate identity* und die Einhaltung der Firmenphilosophie achtet. So behielt sich Grillo bis vor kurzem die Kontrolle über öffentliche Auftritte von M5S-Vertetern vor, denen untersagt war, an Talkshows teilzunehmen oder Interviews zu geben. Das M5S tritt für ein imperatives Mandat ein. Da die italienische Verfassung dies verbietet, handelt es sich nur um eine folgenlose Absichtserklärung. In einer führerzentrierten Bewegung besteht aber die Gefahr, dass sich das imperative Mandat von seiner ursprünglichen Bedeutung (Kontrolle und Rückruf des/der Delegierten durch die Basis) in sein Gegenteil verkehrt: in autokratische Kontrolle und Rückruf des/der Delegierten durch die Führungsspitze.

Unter dem Nicht-Statut trugen Mitglieder und Unterstützer mit freiwilligen Spenden zur Finanzierung der Bewegung bei; unter dem Statut werden vom Direktionsrat jährlich festgelegte Mitgliedsbeiträge erhoben. Der Präsident, also Grillo, ist allein für die Verwaltung und den Einsatz der Finanzmittel zuständig. Bis heute gibt es keinen eigenen Schatzmeister (er ist identisch mit Grillo), keine Rechenschaftslegung und keine Kommission zur Prüfung von Rechenschaftsberichten. Ein weiteres Organ, das Direktorium (offiziell: operatives Komitee), ist im Statut nicht enthalten und wurde erst 2014 eingerichtet.

Nachdem das M5S bei den Parlamentswahlen 2013 mit 25,5 Prozent unerwartet und unvorbereitet zur zweitstärksten Partei aufgestiegen war, stellt das Direktorium die Verbindung zwischen dem Präsidenten und den M5S-Parlamentariern her. Es besteht aus fünf Abgeordneten, die vom Direktionsrat bestimmt und anschließend durch online-Abstimmung bestätigt wurden, unter ihnen Alessandro Di Battista und Luigi Di Maio. Beide waren als Nachfolger Grillos im Gespräch, bis Di Maio als Spitzenkandidat für die nächsten Parlamentswahlen das Rennen machte. Zur politischen Ausrichtung von Grillos Anhängern erklärte er, einige blickten auf Berlinguer zurück, andere auf die DC, wieder andere auf Almirante.⁶ Er selbst gilt als moderater Vertreter der Mitte und strebt eine klassen- und schichtübergreifende Volkspartei an. Im Sommer 2017 distanzierte er sich vor Industrievertretern von Grillo. Das M5S sei weder populistisch noch EU-skeptisch und trete auch nicht prinzipiell für den Austritt Italiens aus dem Euro ein. Dieser Schritt sei nur die ultima ratio.

Die beiden Direktoriumsmitglieder haben einen interessanten Familienhintergrund. Di Maios Vater, ein Bauunternehmer, ist ein bekannter Neofaschist, der schon im neofaschistischen *Movimento Sociale Italiano* und in der postfaschistischen *Alleanza Nazionale* aktiv war. Auch Luigi Di Maio ist nach zwei abgebrochenen Studien und diversen prekären Beschäftigungen, unter anderem als Webmaster und Kellner, Teilhaber einer Baufirma. Mit nur 26 Jahren wurde er Vizepräsident des Abgeordnetenhauses. Alessandro Di Battista verfügt zwar über einen Studienabschluss, aber auch er hat in etlichen prekären Jobs, unter anderem in einem Call Center, gearbeitet, bevor er sich mit einer kleinen Firma selbständig machte. Sein Vater, ein Geschäftsmann, macht keinen Hehl aus seiner politischen Einstellung. Auf die Frage, ob er eine faschistische Vergangenheit habe, antwortete er: Ja, und nicht nur eine Vergangenheit. Sein Sohn, der als Direktoriumsmitglied zur Führungsriege des M5S gehört, erklärte, es sei wichtiger, ehrlich zu sein als Antifaschist.⁷

Nach dem Tod Casaleggios, der grauen Eminenz des M5S, zog sich Grillo 2016 aus der operativen Politik zurück, ist aber als „Garant der Bewegung“ weiterhin Eigentümer des Parteilogos und seines Blogs, des zentralen Kommunikationsorgans des M5S. Mit der noch von Casaleggio entwickelten Plattform „Rousseau“ hat das M5S ein weiteres operatives System, in das große Hoffnungen auf noch effektivere Massenmobilisierung gesetzt werden.

Der Erfolg des M5S beruht auf gravierenden sozialen und politischen Missständen: hohe Jugendarbeitslosigkeit, prekäre Beschäftigungen auch unter Universitätsabsolventen, Korruption, Niedergang und Zerfall der Linken sowie allgemeine Verfilzung des politischen Systems. Er beruht aber auch auf einer extensiv genutzten Kombination von sozialer Netzwerkarbeit online und realen politischen Aktivitäten und Kampagnen. Auf seinem Blog wirbt Grillo mit der Suggestivformel „Jede Stimme ist so gut wie jede andere“ (*uno vale uno*). Sie stehe für Partizipation und Demokratie.⁸ Einerseits bringt dieser Slogan aber nur das demokratische Wahlprinzip „Eine Person, eine Stimme“ zum Ausdruck, andererseits unterstellt es eine faktisch nicht vorhandene Egalität der M5S-Mitglieder.

5 | Versuch eines Fazits

Vertreter der partizipativen Demokratie bemängeln, das alte Parteiensystem sei pyramidal aufgebaut und beruhe auf vertikaler Kommunikation in den alten Medien; sie dagegen strebten eine horizontale Kommunikation in den neuen Medien an. Auch wenn sie nicht dem cyberutopischen Mythos anhängen, technischer Fortschritt führe unausweichlich zu mehr Demokratie und Partizipation, fordern sie die repräsentative Demokratie und die etablierten Parteien heraus. Ziel der hier vorgestellten Bewegungen ist es aber nicht, die repräsentative Demokratie abzuschaffen, sondern sie um Elemente einer direkten Demokratie zu ergänzen.

Das Ergebnis ist vorerst eine Hybridisierung von horizontal und vertikal, von Wahlen und Losverfahren, von Personalisierung und Bür-

geraktivierung, von Bewegungsdynamik und Anpassung an bestehende Institutionen (vgl. Bordignon/Ceccarini 2015: 455; Priester 2016). Es gibt aber eine bisher nicht aufgelöste Paradoxie: Der vermeintlich demokratische Abbau von Hierarchie führt strukturell zu größerer Zentralisation und Machtkonzentration in der Hand eines Führers oder einer Avantgarde, und zwar unabhängig von der sozialen Basis.⁹ Die meist jungen Herausforderer des Establishment (Macron, Di Maio, auch Sebastian Kurz) sind die Jungtürken einer sklerotisierten Parteienlandschaft und versprechen, frischen Wind in die Politik zu bringen. In welche Richtung der Wind weht, steht dagegen auf einem anderen Blatt.

Karin Priester ist emeritierte Professorin für Politische Soziologie und lehrte am Institut für Soziologie der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster. Kontakt: priestek@uni-muenster.de

Anmerkungen

- ¹ <https://lafranceinsoumise.fr/groupes-appui/charte-groupes-dappui-de-france-insoumise/> (eingesehen am 2.11.2017).
- ² Présentation des statuts. <https://en-marche.fr/article/statuts>, 17.7.2017 (eingesehen am 4.10.2017).
- ³ Emmanuel Macron: Face au système, „ma volonté de transgression est forte“. In: *Challenges.fr.*, 16.10.2016 (04.10.2017).
- ⁴ Zit. n. *Les Echos*, 16.8.2017.
- ⁵ V steht für victory (vittoria) und für „vafanculo“ („leck mich am Arsch“), das der Ablehnung der etablierten Politik Ausdruck verleiht.
- ⁶ Enrico Berlinguer war von 1972 bis zu seinem Tod 1984 Generalsekretär der Kommunistischen Partei Italiens. DC steht für die Christdemokratische Partei (Democrazia Cristiana), die sich im Zuge der Parteienkrise Ende der 1990er-Jahre aufgelöst hat. Giorgio Almirante war bis 1988 Vorsitzender der neofaschistischen Partei MSI.
- ⁷ Zit. n. www.repubblica.it, 23.6.2017 (eingesehen am 2.10.2017).

sehen am 2.10.2017).

⁸ <http://www.beppegrillo.it/listeciviche/liste/conversano/uni-vale-uno.html> (eingesehen am 1.10.2017).

⁹ In Macrons LREM ist das gehobene Bürgertum (Kader, Manager, Unternehmer, Freiberufler mit Universitätsabschluss, Absolventen der Elitehochschulen) überrepräsentiert. Mélenchon mobilisiert vor allem humanistische, öko-linke Mittelschichten im öffentlichen Dienst. In der Fünf-Sterne-Bewegung sind mittlere Angestellte im privaten Sektor, Arbeitslose und prekär Beschäftigte deutlich in der Mehrheit.

Literatur

- Bender, Christiane/Graßl, Hans* 2014: Losverfahren: Ein Beitrag zur Stärkung der Demokratie?. In: *APuZ*, Jg. 67, Heft 38-39: 31-37.
- Bleicken, Jochen* 1995: Die athenische Demokratie. 4. Aufl. Paderborn: Schöningh.
- Bordignon, Fabio/Ceccarini, Luigi* 2015: The Five-Star Movement: a hybrid actor in the net of state institutions. In: *Journal of Modern Italian Studies*, Jg. 20, Heft 4: 454-473.
- Buchstein, Hubertus* 2009: Demokratie und Lotterie. Das Los als politisches Entscheidungsinstrument von der Antike bis zur EU: Frankfurt am Main: Campus.
- Macron, Emmanuel* 2017: Revolution. Wir kämpfen für Frankreich: Kehl: Morstadt.
- Priester, Karin* 2012: Rechter und linker Populismus. Annäherung an ein Chamäleon. Frankfurt am Main: Campus.
- Priester, Karin* 2016: Rechtspopulismus – ein umstrittenes theoretisches und politisches Phänomen. In: Virchow, Fabian/Langebach, Martin/Häusler, Alexander (Hg.): *Handbuch Rechtsextremismus*. Wiesbaden: Springer VS: 533-560.
- Van Reybroeck, David* 2016: Gegen Wahlen. Warum Abstimmen nicht demokratisch ist. Göttingen: Wallstein.
- Tronconi, Filippo* (Hg.) 2015: *Beppe Grillo's Five Star Movement. Organisation, Communication and Ideology*. London/New York: Routledge.